

Westfälischer Anzeiger

HAMMER ZEITUNG
DIENSTAG, 25. JANUAR 2022

NR. 20 | € 2,10 | WA.de

Das Fernsehmagazin
Ihrer Zeitung



LOKALES

Weiter Tausende Impfungen

Hamm – Auch nach dem Wochenende vermeldete die Stadt Hamm neue Rekord-Zahlen, was die Ausbreitung des Coronavirus in der Stadt angeht. Unterdessen lassen sich jede Woche mehrere Tausend Hammer impfen. Auch Erstimpfungen sind weiterhin darunter. Die Stadt passt in der kommenden Woche die eigenen Impf-Angebote an. » **LOKALES**

Millionen für Bäche und Kanäle

Braam-Ostwennemar – Die Baumfällungen an Geithe und Erlenbach lassen es kaum erahnen. Aber in den kommenden Jahren werden am Mennenkamp Millionen von Euro in die Kanalisation und Entwässerung investiert. In einem ersten Bauabschnitt entsteht ab Herbst ein Regenrückhaltebecken, wird der Erlenbach renaturiert und ein Schmutzwasserkanal erneuert. » **LOKALES**

Weitere Corona-Fälle beim ASV

Hamm – Bereits in der vergangenen Woche hat Handball-Zweitligist ASV Hamm-Westfalen einige Corona-Fälle gemeldet. Über das Wochenende hat sich die Lage weiter verschärft. Mittlerweile sind acht Spieler des Kaders infiziert – und obendrauf Trainer Michael Lersch. Nur ein kleiner Teil des Kaders trainiert – das Testspiel am Freitag in Wetzlar steht auf der Kippe. » **SPORT LOKAL**

POLITIK



Nato verlegt Militär nach Osteuropa

Die Nato verstärkt im Ukraine-Konflikt mit Russland ihre Militärpräsenz in Osteuropa: Das Bündnis erklärte, eine Reihe von Mitgliedstaaten wollten zusätzliche Kampfflugzeuge und Marineschiffe in die Ostsee und osteuropäische Länder wie Litauen, Rumänien und Bulgarien entsenden. Der Kreml warf der Nato eine Verschärfung der Lage vor. Die USA hatten schon zuvor Munition und Waffen an die Ukraine geliefert (Foto). FOTO: AFP PHOTO/MAURICIO CAMPINOUS AIR FORCE » **POLITIK**

WETTER



-2°
Morgens



4°
Mittags



2°
Abends

IM BLICKPUNKT

Besserer Schutz für Stromkunden

Berlin – Höhere Hürden für Liefereinstellungen, keine Preissprünge mehr für Kunden nach der Kündigung durch Anbieter – und Schritte gegen unseriöse Wettbewerber. Die Bundesregierung will auf Turbulenzen auf dem Energiemarkt reagieren und Verbraucher besser vor kurzfristigen Kündigungen von Strom- und Gasverträgen schützen. » **WIRTSCHAFT**

Amoklauf an der Uni Heidelberg

Heidelberg – Bei einem Amoklauf in einem Hörsaal der Universität Heidelberg hat ein 18-jähriger eine Studentin erschossen und drei Menschen verletzt. Die 23-jährige sei ihren schweren Schussverletzungen erlegen, hieß es aus Sicherheitskreisen. Der Einzeltäter habe mit einem Gewehr in einem Hörsaal bei laufender Vorlesung um sich geschossen. » **BLICK IN DIE WELT**



Katholisch und queer: 125 Kirchen-Beschäftigte kämpfen für ihre Rechte

125 Mitarbeiter der katholischen Kirche in Deutschland haben sich in einer beispiellosen gemeinsamen Initiative namens „#OutInChurch“ als queer geoutet – und dafür viel Zuspruch erhalten. Als queer bezeichnen sich Menschen, die nicht heterosexuell sind oder sich nicht mit dem traditionellen Rollenbild

von Mann und Frau oder anderen gesellschaftlichen Normen rund um Geschlecht und Sexualität identifizieren. Die Haupt- und Ehrenamtlichen Kirchen-Mitarbeiter fordern unter anderem eine Änderung des kirchlichen Arbeitsrechts: Bisher können Beschäftigte, die eine homosexuelle Beziehung

eingehen, ihren Job verlieren. Der Initiator der Outing-Kampagne, Pfarrer Bernd Mönkebüscher (Foto) aus Hamm, sagte unserer Zeitung: „Die Sexualmoral braucht eine völlige Neufassung ausgehend von der Frage: Was stärkt liebevolle Beziehungen zwischen Menschen?“ FOTO: DPA » **HINTERGRUND**

Corona-Regeln bleiben

Bund und Länder verzichten vorerst auf Verschärfungen

Berlin – Trotz des rasanten Anstiegs der Infektionszahlen wollen Bund und Länder die Corona-Maßnahmen vorerst nicht verschärfen. Sie sehen im Moment aber auch keine Möglichkeit für Lockerungen. Man müsse unverändert vorsichtig bleiben, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Montagabend nach Beratungen mit den Ministerpräsidenten der Länder. Noch sei unklar, wie sich die Pandemie weiter entwickeln werde. Man werde bei Bedarf die notwendigen Entscheidungen treffen. „Jetzt aber gilt erst mal: Kurs halten!“

■ Infektionskontrolle

Bund und Länder beschlossen, weitgehende Schritte zur Infektionskontrolle zu vereinbaren, falls eine Überlastung des Gesundheitssystems droht. Zugleich vereinbarten sie, Öffnungsperspektiven für jenen Moment zu entwickeln, an dem eine Überlastung des Gesundheitssystems ausgeschlossen werden kann.

■ PCR-Tests

Angesichts der rasant steigenden Corona-Infektionen



Bundeskanzler Olaf Scholz betonte, dass man bei den bestehenden Regeln Kurs halten müsse. FOTO: DPA

sollen die begrenzten Kapazitäten für PCR-Tests erhöht werden. Dazu müssten alle Anstrengungen unternommen werden, heißt es in einem Beschluss von Bund und Ländern vom Montag. Zugleich wurde festgehalten, dass es bei auftretenden Engpässen unabdingbar sei, Priorisierungen vorzunehmen.

Die Länder nahmen den Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz zur Kenntnis, die begrenzt verfügbaren PCR-Tests auf besonders gefährdete, vulnerable Gruppen zu konzentrieren sowie

auf Beschäftigte, die diese betreten und behandeln. Es handele sich um das Personal insbesondere in Krankenhäusern, in Praxen, in der Pflege, in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und für Personen mit dem Risiko schwerer Krankheitsverläufe.

Bei diesen soll demnach ein Verdacht auf eine Covid-19-Infektion weiterhin durch einen PCR-Test abgeklärt werden. Ebenso sollen PCR-Tests für Hochrisikopatientinnen und -patienten eingesetzt werden, um eine frühzeitige Behandlung zu ermöglichen.

Neue Impf-Kampagne

Zur Erhöhung der Impfquote in Deutschland will die Bundesregierung nach Angaben von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) noch stärker als bisher für den **Impfschutz gegen das Coronavirus werben**. Mit großer Anstrengung habe die Bundesregierung eine **neue Kampagne** zum Impfen und Boostern aufgelegt, erklärte Scholz am Montag. Neben **Plakaten** mit der Motto-Aufschrift „Impfen hilft“ solle es nun auch **verstärkt Aufrufe im Radio und auch auf Social-Media-Plattformen** geben.

■ Großveranstaltungen

Eine verstärkte Rückkehr von Zuschauern zu Spielen der Fußball-Bundesliga und anderen deutschen Profiligen wird es vorerst nicht geben. Bei den Beratungen am Montag wurde beschlossen, dass die Chefs der Staats- und Senatskanzleien bis zum 9. Februar eine einheitliche Regelung für überregionale Großveranstaltungen vereinbaren sollen. dpa » **KOMMENTAR/THEMA DES TAGES**

AfD nominiert Max Otte als Bundespräsident

Berlin/Plettenberg – Die AfD will das konservative Spektrum offenbar mit einer heiklen Personalie aufrütteln: Die Parteispitze plant offenbar, den aus Plettenberg stammenden Politiker und Ökonomen Max Otte als Kandidat für die Wahl des Bundespräsidenten zu nominieren. Otte ist Bundesvorsitzender der „Werteunion“, die eigentlich der CDU nahe stand. Nach Informationen von „Zeit“ und „Spiegel“ steht die Nominierung sogar schon fest. Otte selbst soll nach wie vor CDU-Mitglied sein, es gab aber schon mehrfach Forderungen nach einem Parteiausschluss. Die Kandidatur wäre allerdings aussichtslos, da die AfD keine Mehrheit in der Bundesversammlung in Sicht hat. kri

Förderung für energieeffiziente Gebäude gestoppt

Berlin – Die Bundesregierung hat die Förderung für energieeffiziente Gebäude angesichts einer Antragsflut und einer „Fehlsteuerung“ vorläufig gestoppt. Sie plant eine Reform. Wie das Wirtschafts- und Klimaministerium am Montag weiter mitteilte, werden Anträge von der staatlichen Förderbank KfW nicht mehr bewilligt. Endgültig eingestellt wird demnach die Neubauförderung des sogenannten Effizienzhauses 55, die ohnehin zum Monatsende ausgelaufen wäre. Die Förderung für Sanierungen solle wieder aufgenommen werden, sobald Haushaltsmittel bereitgestellt sind. dpa » **HINTERGRUND**

DIE KURIOSER NACHRICHT Flucht übers Dach

Die Polizei hat eine illegale Party mit Dutzenden Gästen in Köln aufgelöst. Einige Besuchern sei die Flucht über den Balkon in der ersten Etage über angrenzende Dächer gelungen, teilte die Polizei am Montag in Köln mit. Aus polizeilicher Sicht kam bei dem Einsatz einiges zusammen: Die Ordnungshüter vollstreckten einen offenen Haftbefehl und stellten Drogen, Bargeld sowie ein Handy sicher. Inw

Potenzpille Viagra bald ohne Rezept?

Expertengremium berät / Fachmann sieht Vor- und Nachteile

Bonn – „Einmal Nasentropfen, Hustensaft und eine Packung Viagra.“ Derartige Bestellungen könnten in Apotheken vielleicht bald Alltag sein: An diesem Dienstag berät ein Expertengremium der Arzneimittelbehörde BfArM in Bonn über die Entlassung des Wirkstoffs Sildenafil aus der Verschreibungspflicht. Sollte dies so kommen, würden Viagra und andere Potenzmittel rezeptfrei werden. Eine gute Idee?

Professor Frank Sommer, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Mann und Gesundheit, sieht Vor- und Nachteile. Das größte Pro wäre in seinen Augen, dass dem Schwarzmarkt im Internet der Boden entzogen würde.

Eine Studie über 22 Produkte, die man frei bestellen kann, habe gezeigt, dass bei über 80 Prozent nicht das drin war, was angegeben war. Teils sei die Dosis vier Mal so hoch gewesen. Wenn man das regelmäßig einnehme, habe man ein sehr hohes Risiko für Herzschädigungen.

Erektionsstörung als Infarkt-Vorbote

Sommer sieht aber auch einige Nachteile, falls Sildenafil rezeptfrei sein sollte. „Eine Erektionsstörung ist, wenn sie gefäßbedingt ist, Vorbote eines Herzinfarkts oder eines Schlaganfalls. Wir erkennen das bei der Untersuchung der

Blutgefäße ungefähr acht Jahre vorher. Und da hat man dann eben noch Zeit, entsprechend gegenzusteuern.“ Komme es erst gar nicht zum Arztbesuch, falle das weg.

Ein weiteres Risiko: Der Patient hat wenig Überblick darüber, welche Medikamente mit Sildenafil nicht verträglich sind. „Es gibt Herzmedikamente, die Nitrate haben.“ Würden diese mit Sildenafil eingenommen, könne ein zum Tod führender hypotoner Schock die Folge sein.

Die Entscheidung der Experten stellt also eine schwierige Abwägung dar. Das Bundesgesundheitsministerium kann vom Expertenrat abweichen, folgt ihm aber in der Regel. dpa/afp



Vollgemüllt: Polizei stoppt Messie-Auto

Weil sein Auto gefährlich vollgemüllt war, hat die Polizei in Essen einem Autofahrer eine „Aufräumfrist“ gesetzt. Der Mann müsse in der festgesetzten Zeit dringend Ordnung schaffen. Derzeit lägen im Fußraum auf der Fahrerseite Gegenstände, die ein situationsangemessenes Bremsen oder Kuppeln behindern könnten, hieß es. Dies könne den Bremsweg, vor allem in einer Gefahrensituation, verzögern. Der Wagen war aufgefallen, weil der Fahrer ungewöhnlich nah am Lenkrad saß. Hinter ihm war alles voll mit Papier und Müll. Außerdem war der Wagen Tüv-fällig. FOTO: POLIZEI ESSEN/DPA

Kundenservice
(0800) 8000 105



20004